

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erzgebirge nehmen die Anzeiger...
und die Anzeiger die Posten...
angehen. — Erhältlich wöchentlich.
Preis pro Anzeiger Nr. 52.

Erzgebirge die Anzeiger...
Anzeiger für das Erzgebirge...
Anzeiger für das Erzgebirge...
Anzeiger für das Erzgebirge...

Telegramme: Cagelblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 302

Dienstag, den 31. Dezember 1929

24. Jahrgang

Frankreichs Rüstung gegen die deutsche Grenze

Beratung der Militärkredite in der französischen Kammer

Die französische Kammer hat am Samstag vormittag den Beschlusstext angenommen, der die Durchführung eines ersten Teiles des für die nächsten fünf Jahre vorgesehenen Flottenbauprogramms enthält. Es handelt sich

beim Flottenbauprogramm für 1930

um den Bau von einem Kreuzer, sechs Torpedobootzerstörer, sechs Unterseebooten erster Klasse, einem U-Boot, einem Minenjäger, sechs leichteren U-Booten für den Auslandsdienst und einem Minenjäger. Für 1930/34 sind insgesamt 1267 128 000 Francs für den Flottenbau und für die Schaffung der notwendigen Munitions- und sonstigen Vorräte vorgesehen. In der Debatte hat der Berichterstatter zur Begründung dafür, daß anstelle des Baues eines leichten Kreuzers der Bau eines 20 000 Tonnen großen Panzerkreuzers vorgesehen sei, auf den stark beständigen neuen deutschen Kreuzer hingewiesen. Der Berichterstatter gab an, daß man schließlich den Bau des geplanten 20 000 Tonnen-Kreuzers noch um ein Jahr verschieben wolle.

Die Kammer hat alsdann die Beratung des Beschlusstextes begonnen, der die Kredite für die Ausführung der ersten Arbeiten zur

Befestigung der französischen Ostgrenze

vorsteht. Es handelt sich im ganzen um 2000 Millionen, wozu 400 Millionen Francs für die Verteidigung gegen Luftangriffe kommen. Die beiden Kredite sollen im kommenden Budgetjahr zunächst in Höhe von einer Milliarde bereitgestellt werden, und zwar 750 Millionen für Pionierarbeiten und 250 Millionen für die Artillerie. Der Berichterstatter, der Abgeordnete Bouilloux-Lafont, erklärte, daß die Durchführung des Befestigungsprogramms angesichts der eventuellen Räumung des Rheinlandes notwendig sei. Der Berichterstatter des Heeresauschusses der Kammer, der Abgeordnete Delisle Herr, ging auf die Befestigungsarbeiten selbst ein und sagte, durch ihre Ausführung werde die Konzentrierung von Truppen erleichtert. Frankreich muß, so erklärte er, in der Lage sein, gleich in der ersten Stunde mit einer relativ schwachen Verteidigungsgruppe jeden feindlichen Einbruch auf französisches Gebiet zurückzuweisen. Die Befestigungsarbeiten sollen auch die großen lebenswichtigen Zentren schützen, wie die im Osten Frankreichs befindlichen Pflanzungsgebiete und die Städte Metz, Diedenhofen und Straßburg. Der Entwurf nimmt in Aussicht 1. die Errichtung von Stützpunkten, in Friedenszeiten ausgeführten Verteidigungswerten, 2. Verteidigungswerte, deren Errichtung zwar in Friedenszeiten vorbereitet wird, die aber erst im gegebenen Augenblick ausgeführt werden, und zwar mit Hilfe sogenannter Befestigungsparcs, die aus Pioniertruppen zusammengesetzt sind.

Die ständigen Befestigungswerte

werden den Erfordernissen des Terrains angepaßt und gleichen keineswegs den früheren Forts. Sie sind ganz modern ausgerüstet und mit den vollkommensten maschinellen Einrichtungen versehen; es kommen neue Materialien zur Verarbeitung, die auf den Erfahrungen des letzten Krieges beruhen. Bei den neuen Befestigungswerten ist alles vorgesehen, um die Befestigung vor den stärksten Granaten und vor allem Gasen zu schützen; entsprechende Versuche haben gute Ergebnisse gezeigt. Der Heeresauschuß, so fuhr der Berichterstatter fort, habe bei seiner Untersuchung an Ort und Stelle die Gewißheit erhalten, daß nach Beendigung der Befestigungsarbeiten die Grenze Frankreichs durch eine Sperre verteidigt werden wird, die jeden plötzlichen Angriff abwehrt. Die Vorbereitungsarbeiten hinter der Sperrlinie seien bereits fortgeschritten, die entsprechenden Eisenbahnlinien an mehreren Punkten im Bau. Auch habe man die ersten Erdarbeiten in Angriff genommen. Im Frühjahr würden die ersten Betonarbeiten längs des Rheines begonnen werden. In den Vogesen seien bereits an wichtigen Knotenpunkten die vorgesehenen Spreng- und Festungsvorrichtungen angebracht. 1930 werde eine erste Sperre fertig sein, die dann allmählich immer mehr verstärkt werde.

Der sozialistische Abgeordnete Durin, der darauf das Wort nahm, kritisierte die Rechte für diese Befestigungswerte, denn all das, sagte er, habe im Kriege keinen großen Widerstandswert, zumal

der Krieg der Zukunft durch Flugzeuge und Giftgas usw. auf das ganze Land ausgedehnt werde

Die vorgesehenen Befestigungsarbeiten seien also sinnlos oder würden keine Widerstandskraft bieten. Der Abg. Fabry, Vorsitzender des Heeresauschusses, erklärte, die Befestigungsarbeiten sollten gerade im Hinblick auf die Abwehr von Flugzeugangriffen ausgeführt werden. Man gebe von dem Gedanken der Möglichkeit aus, daß Frankreich von einem Lande angegriffen werde, das die Mittel, die ausgebildeten Truppen, die erforderliche Artillerie und die geeigneten Verteidigungsmittel besitze, um ein ganzes Heer nach Frankreich zu werfen. Die Annäherungspolitik und die Politik der Anziehung von Befestigungswerten an den Grenzen ergäben einander und seien eng miteinander verknüpft. Frankreich müsse, wenn es Deutschland die Hände reiche, in voller Sicherheit stehen.

Die Debatte wurde darauf auf nachmittags vertagt.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung der Kammer bezeichnete der Sozialist Durin bei der Debatte über die Kredite zur Ausführung der Befestigungswerte an der französischen Ostgrenze den vorliegenden Plan als nicht ausschließlich defensiv, sondern als offensiv, und zwar wegen der Stärke der Artillerie und der Hervollkommnung der Organisationsarbeiten an der Grenze. Es sei zu befürchten, daß man diesen Arbeiten im Ausland die Bedeutung einer Vorbereitung zum Kriege beilege.

Nach ihm ergriff

Kriegsminister Maginot

das Wort und erklärte, Frankreich müsse im Falle eines plötzlichen Angriffs, den man nicht als absurd betrachten dürfe, in der Lage sein, den Feind daran zu hindern, einen Einfall auf französisches Gebiet zu unternehmen und sich der Industrieregionen oder Eisenbahnknotenpunkte zu bemächtigen. Nur bei einer starken Grenzorganisation könnten die vorgeschobenen Verteidigungstruppen ihrer Aufgabe gerecht werden. Sonst wäre man der Gefahr eines Einfalles mit allen seinen nicht wieder gut zu machenden Folgen ausgeliefert. Die vorgesehene Räumung des Rheinlandes möge Frankreich, seine Nordostgrenze in Verteidigungszustand zu setzen. Die Defensivität würde nicht begriffen, daß die Räumung des Rheinlandes nicht unverzüglich durch den Ausbau der Verteidigungs-

werte an der Nordostgrenze auszugleichen werde. Die öffentliche Meinung im Ausland werde den ausschließlich defensiven Charakter dieser Befestigungswerte erkennen. Das in Ausführung begriffene Programm benutze die natürlichen Schutzmöglichkeiten also Flüsse, Wälder, Berge. Es Sorge für die Verteidigung besonders heikler Punkte und mache auch das System der künstlichen Ueberschneidung nutzbar. Wo kein natürlicher Schutz gegeben sei, seien Verteidigungsanlagen vorgesehen. In den Straßen und Straßen, die besonders offen lägen, wie bei Diedenhofen und im Lauterbachthal, seien Verteidigungsanlagen mit starker Artillerie und Schnellfeuerge- schützen vorgesehen.

Kriegsminister Maginot behandelte im weiteren Verlauf seiner Rede die Kreditforderung für die Grenzbesetzungen und erklärte, der Plan sehe eine Anzahl verlegbarer Befestigungsanlagen auf Eisenbahnlinien rasch von einem Punkt der Grenze nach einem anderen geschickt werden und dort in Wirksamkeit treten können. Dieses moderne Befestigungsprogramm würde die Möglichkeit bieten, die abnorme Unterlegenheit Frankreichs zu Beginn eines Konflikts durch die vervollkommenen Verteidigungsmittel auszugleichen. Die Durchführung des Programms bis 1935 dürfe nicht unterbrochen werden, denn sonst wären Milliarden einfach verschwendet. Frankreich liege jede Angriffsabsicht gegen irgend jemand fern. Es sei von dem festen Willen eines freien Volkes beseelt, alles in seinen Kräften stehende zu tun, um seine Sicherheit und seine Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Die Kredite für die Grenzbesetzung werden jedoch, ohne daß der Kriegsminister die Vertrauensfrage stellte, gegen die Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten mit großer Mehrheit angenommen. Die Kammer tritt darauf in die Beratung der Interpellation über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ein.

Vor der Haager Konferenz

Die deutsche Delegation für die Haager Konferenz

Der Delegation für die zweite Haager Konferenz gehören als Delegierte an: der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius, der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth, der Reichsfinanzminister Dr. Woldenhaus und der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt.

Als Sachverständiger nimmt an der Konferenz der deutsche Unterhändler in Paris Dr. Reichler teil. Soweit die Beratungen über die Internationale Bank es erforderlich erscheinen lassen, wird auch Inhaber der Delegation auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht an der Haager Konferenz teilnehmen. Im übrigen wird auf Vorschlag des Reichsbankpräsidenten Geheimrat Dr. Vode der Delegation angehören.

Von den übrigen Reichsreferenten gehören der Delegation folgende Herren an: von dem Auswärtigen Amt Staatssekretär Dr. von Schubert, die Ministerialdirektoren Dr. Gaus und Dr. Ritter, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Dr. Schäffer und Ministerialdirektor Dorn, vom Ministerium für die besetzten Gebiete Ministerialdirektor Müller, von der Reichsanleihe Staatssekretär Dr. Pänder und der Pressesekretär der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Secklin.

Wie in politischen Kreisen verkündet, wird die deutsche Delegation am Abend des 2. Januar nach dem Haag abreisen und am Donnerstag des 3. dort eintreffen. Die Delegationen der hauptbeteiligten Mächte werden dann wahrscheinlich noch vor Beginn der Eröffnungsfeier, die für 5 Uhr nachmittags angesetzt ist, miteinander zusammentreffen, um das Verhandlungsprogramm und die technische Einrichtung der Konferenz zu vereinbaren. Eine Untergliederung in eine politische und eine Finanzkommission, wie sie bei der ersten Haager Konferenz durchgeführt war, ist nicht zu erwarten, da es sich diesmal ja nicht in so hohem Maße um politische sondern sehr überwiegend um finanzielle und juristische Fragen handelt. Soweit ihre Lösung im größeren Rahmen der Volkswirtschaft als schwieriger anzusprechen ist, wird für sie sicher ein Ausschuss von Sachverständigen eingesetzt werden. Wohl auch mit Rücksicht darauf ist die Zusammensetzung der deutschen Delegation so gewählt worden, daß im wesentlichen dieselben Sachbearbeiter nach dem Haag fahren, die an der ersten Konferenz teilgenommen haben. Wenn übrigens in einem Berliner Abendblatt die Tatsache, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht nicht an der Konferenz teilnimmt, gewissermaßen als ein bedauerlicher Beschluß der Reichsregierung dargestellt wird, so kann man nur darauf hinweisen, daß dieser Beschluß allein von Herrn Schacht ausgeht. Er ist von der Reichsregierung mehrfach dringend gebeten worden, in der Eigenschaft als einer der Hauptbelegten an der Konferenz teilzunehmen, hat dieses Erfuchen aber, wohl mit Rücksicht auf sein bekanntes Memorandum, abgelehnt.

Über die Dauer der Konferenz läßt sich im Augenblick nur sagen, daß Briand wohl hofft, noch den 13. Januar abzugeben, was mit Rücksicht auf sein bekanntes Memorandum, abgelehnt. Über die Dauer der Konferenz läßt sich im Augenblick nur sagen, daß Briand wohl hofft, noch den 13. Januar abzugeben, was mit Rücksicht auf sein bekanntes Memorandum, abgelehnt.

Young-Plan zu lösen hat, sich bis dahin zum Abschluß bringen lassen wird, zumal die dreizehn sogenannten offenen Fragen zum Teil noch erhebliche Schwierigkeiten machen dürften. Man wird also unter Umständen mit einer längeren Dauer der Konferenz rechnen müssen.

Von Interesse ist auch, daß die Schweiz zu der Konferenz eingeladen und an dem Abschluß beteiligt werden wird, da ihre Mitwirkung wegen des Sitzes der Internationalen Bank notwendig ist. Die erforderlichen Vereinbarungen mit der Schweizerischen Bundesregierung dürften bereits getroffen sein.

Abkommen über die Jahreszahlungen an die Vereinigten Staaten

Die Verhandlungen über das Sonderabkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sind durch Ministerialdirektor Dr. Ritter und Herrn Wilson erfolgreich abgeschlossen worden.

Nach dem am 28. Dezember vereinbarten deutsch-amerikanischen Abkommen zahlt Deutschland die nach dem Sachverständigenplan vom 7. Juni 1929 den Vereinigten Staaten von Amerika zuzehenden Jahreszahlungen nicht an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, sondern unmittelbar an die amerikanische Regierung. Aus den deutschen Zahlungen werden zwei Arten amerikanischer Ansprüche befriedigt: diejenigen Ansprüche, die durch die Deutsch-Amerikanische Gemischte Kommission festgesetzt werden, und die amerikanische Forderung für rückständige Besatzungskosten. Das Abkommen schließt sich eng an die Form der zwischen den Vereinigten Staaten und anderen Mächten bestehenden Schuldenabkommen an. Die Priorität für die Darlehensleihe von 1924 bleibt gewahrt. — Da Deutschland nach dem Young-Plan nicht Schuldnerland der einzelnen Mächte, sondern der Gesamtheit der Gläubigerstaaten ist, muß bei den bevorstehenden Verhandlungen im Haag berücksichtigt werden, daß die amerikanische Annuität ausbleibt. Die deutsche Regierung wird deshalb das Abkommen zur Kenntnis der übrigen Gläubigerstaaten bringen. Die formelle Unterzeichnung erfolgt erst, nachdem der Reichstag und der amerikanische Kongreß ihre Zustimmung erteilt haben. Das Abkommen wird gleichzeitig mit den Abmachungen mit den anderen Gläubigerstaaten über den Youngplan in Kraft treten.

Dr. Schäffer zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium ernannt

Der Reichspräsident hat den Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Schäffer zum Staatssekretär im Reichsfinanzministerium ernannt.

Zusammenkunft des Christlichen Volksdienstes und der Christlichsozialen Reichsvereinigungen

In gemeinsamer Sitzung haben Vertreter des Christlichen Volksdienstes und der Christlichsozialen Reichsvereinigungen aus ganz Deutschland den Zusammenschluß beider Bewegungen unter dem Namen Christlichsozialer Volksdienst beschlossen. Der Reichsvorstand setzt sich aus den Herren Kausch, Mitglied des württembergischen Landtages, Hartwig, Mitglied des Reichstages, Häfner, Mitglied des Reichstages, Kiesel, Mitglied des preussischen Landtages, Kling, Mitglied des württembergischen Landtages und Eisenbacher-Lausigart zusammen.